Unit V 7: Geldtheorien

1. Zusammenfassung

Geld besitzt eine dreifache Funktion: Geld dient als Tauschmittel, als Recheneinheit und zur Wertaufbewahrung. Während Gold lange Zeit alle drei dieser Funktionen ausübte, verlor es mit der Aufhebung des Goldstandards – und vor allem mit Aufhebung der Golddeckung der Währungen – seine Funktion als Tauschmittel. Als Massstäbe für die vorhandene Geldmenge dienen die Geldmengenaggregate M1, M2 und M3.

2. Zur Rolle des Geldes

Geld erleichterte viele Funktionen und auch die Entwicklung der Wirtschaft:

- Menschen strebten nach Einkommen, das nach oben unbegrenzt ist.
- Unter anderem dank des Geldes entwickelte sich eine hoch differenzierte Arbeitsteilung in der wirtschaftlichen Produktion. Gleichzeitig sank die Selbstversorgung gegen null.
- Das Geld trug dazu bei, die Menschen aus ihrer persönlichen Abhängigkeit herauszulösen und ihnen die Ausübung unterschiedlichster Berufe zu ermöglichen.
- Dank dem beruflichen Einkommen konnten breitere Schichten Vermögen bilden, wodurch die Entstehung von Geld- und Kapitalmärkten begünstigt wurden.
- Durch die Geldwirtschaft entstanden neue Unternehmen, Banken und Dienstleistungsbetriebe.

Geld trug also dazu bei, Wirtschaft und Kultur zu dynamisieren (vgl. Wielens 2004:36ff). Letzten Endes konnte erst diese durch Geld und Kapital ausgelöste wirtschaftliche Entwicklungsdynamik, die durch technische Neuerungen und die Nutzung der fossilen Energie (Kohle, Öl und Erdgas) der industrielle Entwicklungsprozess hervorbringen. Einerseits führte dies zu enormem technischem Fortschritt, anderseits wurden und werden jedes Jahr ungeheure Mengen von wertvollen Rohstoffen verbraucht, die sich über Jahrmillionen gebildet haben (vgl. dazu Wielens 2004:49).

Geld hatte und hat also eine ambivalente Funktion: Einerseits förderte und fördert Geld den wirtschaftlichen Fortschritt, anderseits wirkt es in vielen Bereichen auch zerstörerisch: in Bezug auf die Umwelt, im sozialen Zusammenleben und in der persönlichen Entwicklung der Menschen.

2.1 Was ist Geld?

Die klassische Volkswirtschaftslehre schreibt dem Geld drei Hauptfunktionen zu:

- Geld besitzt eine **Tauschfunktion** und wird als Gegenwert für Güter, Dienstleistungen und Vermögenswerte akzeptiert.
- Geld ist eine **Recheneinheit** und bezeichnet den Wert oder den Preis für Güter, Dienstleistungen und Vermögenswerte.
- Geld hat eine **Aufbewahrungsfunktion** und stellt ein Mittel dar für den Kauf von Macht und Reichtum (vgl. Cohn 2010:138).

Wie wir alle wissen, ist eine moderne Wirtschaft undenkbar ohne Geld. Ohne hier auf die Diskussion nach der Bedeutung und dem Charakter von Geld einzutreten, können wir festhalten, dass eine zentrale Funktion von Geld darin liegt, Güter und Dienstleistungen zu kaufen und verkaufen: Geld ist ein entscheidendes Mittel, um Güter und Dienstleistungen in (fast) jeder Dosierung vom Produzenten zum Konsumenten gelangen zu lassen. Geld hat also eine wichtige Rolle im Distributionsprozess von Gütern und Dienstleistungen.

Das Problem liegt jedoch darin, dass Geld zunehmend diesen Austausch- und Distributionscharakter verloren hat und zu einem Selbstwert geworden ist. Geld gilt als Massstab für Reichtum und ist deshalb zum Selbstzweck geworden (vgl. dazu auch ► Unit V 3: „Blinde Flecken in der Volkswirtschaftslehre“).

Helmut Creutz (in Humane Wirtschaft Juli/August 2014:8) hat die Meinung vertreten, dass die dritte Geldfunktion (Wertaufbewahrungsfunktion) mit den ersten beiden Geldfunktionen (Tauschfunktion und Rechenfunktion) im Widerspruch stehen, ja dass die Wertaufbewahrungsfunktion die ersten beiden Funktionen ausser Kraft setze: Mit der Wertaufbewahrungsfunktion „entsteht nicht nur eine Unterbrechung des Kreislaufes,

vielmehr kommt es zusätzlich auch noch zu einer Werteverschiebung, weil die Menge des im Umlauf bleibenden Geldes nun in einem anderen Verhältnis zur Menge der angebotenen Güter stehen“ (Creutz in Humane Wirtschaft Juli/August 2014:8). Es stellt sich aber die Frage, ob die drei Geldfunktionen tatsächlich so eng miteinander verbunden sind, wie Creutz meint. Zweifellos ist es richtig, dass die Bedeutung des Geldes als Wertaufbewahrung zugenommen hat, aber das hat eher mit dem überproportionalen Wachstum des Finanzsektors und den dort angebotenen Dienstleistungen zu tun als mit der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes selbst.

Roland Baader (2005:21) wies zu Recht darauf hin, dass üblicherweise die Ökonomen die Frage, was Geld sei, mit dem Hinweis auf die drei Funktionen des Geldes beantworten, also seiner Rolle als Wertaufbewahrungsmittel, als Recheneinheit und als Tauschmittel. Diese Antwort ist aber nicht zuletzt deshalb unbefriedigend, weil eine Funktion nicht mit dem Wesen eines Gegenstandes identisch ist. Das Wesen einer Sache lässt sich nur teilweise aus ihrer Funktion erklären. Das ist sicher auch ein Grund, warum die verschiedenen Geldtheorien so umstritten sind.

Viele Ökonomen gehen unhinterfragt davon aus, dass Geld zu seinem Wert (zu seiner Kaufkraft) kommt, weil entweder eine Institution – z.B. der Staat oder die Nationalbank – dies festgelegt hat oder weil die Leute bereit sind, Geld als Zahlungsmittel zu akzeptieren (Vertrauen in das Geld). Die erste Erklärung nennt Baader (2005:23) etwas polemisch „Inthronisationstheorie“ und die zweite Erklärung „Konventionstheorie“.

Wert des Geldes
„Unser modernes Geld basiert also nicht auf Gold oder Waren, sondern auf Zahlungsversprechungen. Jeder Euro Zentralbankgeld, der durch unsere Wirtschaft kreist, ist durch einen Kredit, ein Wertpapier gedeckt, das bei der Notenbank lagert. Hinter jedem dieser Wertpapiere steht das Versprechen, Werte zu schaffen – es ist dieses Versprechen, das unserem Geld den Wert verleiht.
Diese Werte werden auch tatsächlich Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr geschaffen; es sind die Ergebnisse der Investitionen, für die sich die Unternehmen das Geld geliehen haben. Profis nennen das dann ‚volkswirtschaftliche Wertschöpfung‘. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden erfasst und misst diese Wertschöpfung als Bruttoinlandprodukt in der sogenannten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Damit erkennen wir, was den Wert unseres Geldes bestimmt: unser Bruttoinlandprodukt, in der Umgangssprache auch ‚Sozialprodukt‘ genannt, die Summe aller Werte aller in einem Jahr hergestellten Waren und

Dienstleistungen unserer Volkswirtschaft. Unser Geld ist nicht durch Gold gedeckt, sondern durch das Versprechen, dass ihm langfristig ein entsprechender Berg von Gütern und Dienstleistungen, das Sozialprodukt, gegenübersteht. Damit ist klar, wer den Wert unseres Geldes bestimmt: Alle diejenigen, die dieses Sozialprodukt herstellen. Also wir."
Quelle: Beck/Prinz 2014:27.

Zweifellos stimmt es, dass Geld oft im Sinne der Konventionstheorie in Form eines Zirkelschlusses definiert wird: „Geld hat einen Wert (Kaufkraft), weil es allgemein akzeptiert wird, und allgemein akzeptiert wird es, weil es einen Wert hat" (Baader 2005:23). Ja, Baader stellt sogar in Frage, ob das, was wir als Geld akzeptieren, tatsächlich Geld ist: „Die Tatsache, dass die durch nichts gedeckten Papierscheine, die wir heute (und schon lange) in unseren Taschen herumtragen, durch staatlichen Befehl zu ‚Geld' erklärt worden sind, muss noch lange nicht bedeuten, dass sie auch tatsächlich Geld sind. Und in der Tat sind sie das **nicht.** Was wir Geld nennen, **ist kein Geld.** Die angelsächsischen Ökonomen haben für dieses Schein-Geld („Schein-Geld" im doppelten Sinn des Wortes: Papier-Scheine und Geld ‚nur zum Schein') den trefflichen Ausdruck **fiat money** geprägt" (Baader 2005:23) - so wie in der Bibel auf den göttlichen Befehl „fiat lux" – es werde Licht – Helligkeit entstand, soll auf den staatlichen Befehl „fiat money" aus dem Nichts Geld geschöpft werden.

Die Frage, was eigentlich als Geld zu bezeichnen ist, beantwortete Helmut Creutz (1994:29/30) so: „Mit Schecks, Überweisungen, Dauer- und Abbuchungsaufträgen kann man Guthabenbestände von einem Konto auf ein anderes Konto übertragen. Ein Barscheck bietet die Möglichkeit, Geld vom Konto abzuheben. Man kann einen Scheck deshalb nicht als Geld bezeichnen. Er ist vielmehr ein Papier, mit dem man einen Anspruch auf Geld an einen Dritten weitergeben oder selbst bei der Bank präsentieren kann. Kredit- oder Scheckkarten haben mit Geld noch weniger zu tun. Sie garantieren lediglich dem Empfänger, dass seine Forderung mit einer Guthabenübertragung beglichen wird, wenn auch erst mit zeitlicher Verzögerung. Magnetisierte Plastikkarten, die entweder mit einem Betrag ‚aufgeladen' oder für Direktabbuchungen geeignet sind, sind ebenfalls kein Geld. Alle diese Einrichtungen sind immer nur technische Hilfen zur Guthabenübertragung" (Creutz 1994:29/30). Demgegenüber sind nach Meinung von Creutz lediglich die von den Notenbanken herausgegebenen Banknoten und Münzen Geld, „mit denen man ohne Buchungsvorgänge, von Hand zu Hand, Forderungen begleichen und die man sofort nach Erhalt an einen Dritten

weitergeben kann“ (Creutz 1994:30). Obwohl übertragbare Sichtguthaben Geld in Form von Noten und Münzen sehr ähnlich sind, warnt Creutz (1994:30) davor, diese als „Geld“ zu bezeichnen. Dies darum, weil Sichtguthaben eine Doppelfunktion aufweisen: Sie sind sowohl Übertragungs- als auch Kreditmittel. Creutz (1994:49) hat Bargeld und Sichtguthaben wie folgt gegeneinander abgegrenzt:

	(Bar)Geld	**Sichtguthaben**
Funktionen	Zahlungsmittel	Übertragungsmittel
Hilfsmittel	Münzen, Banknoten	Schecks, Überweisungen
Spezifische Unterschiede	staatlich emittiert sofortige Begleichung Hilfe Dritter nicht erforderlich Vorgang wird nicht dokumentiert nur durch Staat vermehrbar	privat angespart verzögerte Begleichung Hilfe Dritter und der Technik erforderlich Vorgang wird dokumentiert Durch jedermann vermehrbar

Quelle: Creutz 1994:49.

Creutz (1994:30/31) argumentiert dabei wie folgt: Angenommen, ein Sanitärinstallateur hat bei einem Bäcker eine Reparatur in der Höhe von 100 Euro durchgeführt. Der Bäcker kann den Sanitärinstallateur auf drei Weisen bezahlen:

- mit einem 100-Euro-Schein,
- mit einem Bar- oder Verrechnungsscheck über 100 Euro, oder
- mit einer Gegenleistung in Brot im Wert von 100 Euro.

Während der Scheck von einem Geldguthaben des Ausstellers gedeckt sein muss und das Brot einen direkten Gegenwert darstellt, kann der Euro-Schein vom Zahler ohne zusätzliche Deckung in Umlauf gebracht werden. Die Menge der umlaufenden Geld-Scheine kann jedoch von der Notenbank erhöht oder verringert werden. Laut Creutz (1994:31) zeigt sich der Unterschied der drei Zahlungsweisen auch bei einem Verlust: Verliert der Installateur das erhaltene Brot, so ist seine Forderung trotzdem ausgeglichen. Verliert er den Scheck, dann bleibt seine Forderung offen und er kann vom Bäcker gegebenenfalls Ersatz verlangen – zumindest solange der Betrag nicht von dessen Konto abgebucht wurde. Geht jedoch der Geldschein verloren, sind alle seine Ansprüche erloschen, selbst wenn ihm Zeugen bestätigen, dass er das Geld besessen hat. Laut Creutz schadet sich der Installateur im ersten Fall nur sich selbst, im zweiten Fall gibt es keinen Geschädigten und im dritten Fall schadet er

dem Geldkreislauf und damit der Öffentlichkeit, weil 100 Euro weniger zur Verfügung stehen. Dazu gibt es zwei Dinge zu sagen: Es ist richtig, dass Brot und Geldschein in diesem Fall Bezahlungsmittel in Form von Geld darstellen, wobei Brot im Unterschied zu Geld keinen allgemein anerkannten Zahlungswert besitzt und verderblich ist. Darum – so könnte man sagen – ist der Geldcharakter der Note ausgeprägter als derjenige von Brot. Grundsätzlich kann jedoch jeder Gebrauchsgegenstand Geldcharakter annehmen – so waren etwa nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland Zigaretten ein beliebtes Zahlungsmittel.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob es stimmt, dass der Verlust des Geldscheines tatsächlich der Allgemeinheit einen Schaden zugefügt hat: Zwar gibt es 100 Euro weniger, die zum Kauf von Gütern verwendet werden können. Doch beeinflusst dies den vorhandenen Wert an Gebrauchsgütern nicht – nur deren Preis. Nehmen wir an, alle Menschen Deutschlands verlieren am gleichen Tag 100 Euro. Damit verringert sich die Menge umlaufender Geldscheine und damit die Geldmenge um – sagen wir – 8 Milliarden Euro (80 Millionen mal 100 Euro). Trotzdem produziert die Wirtschaft genau gleich viel wie vorher – was sich verändert, ist nur das Verhältnis von Umlaufenden Geldnoten bzw. umlaufendem Geldbetrag und produzierten Gütern: Der Preis der Güter wird sinken – aber eben nur in Euro, nicht aber in anderen Werten, in Gold oder US Dollar. Ebenso bleibt das Tauschverhältnis zwischen den verschiedenen Gütern, z.B.: zwischen einer Stunde Arbeit eines Sanitärinstallateurs und dem Gegenwert in Form von Brot. Wir haben also eine Veränderung der Preise von Gütern in Euro, ansonsten geschieht nichts (vgl. dazu auch Jäggi 2016:12ff.; 77ff. und 97ff.). Statt darüber zu streiten, ob Guthaben in Form von Schecks oder Krediten Geld sind oder nicht, wäre es gescheiter, von „Geldfunktion“ zu reden: Diese kann jedem Gut, aber auch fiktiven Gütern oder Recheneinheiten zu kommen, nämlich immer dann, wenn sie im Tausch von Gütern (Tauschfunktion), als Wertaufbewahrung und als Recheneinheit eingesetzt werden.

Genau an der Frage, wer für die Geldschöpfung verantwortlich ist – oder genauer: wer Geld schaffen darf – hat in der Schweiz die so genannte „Vollgeldinitiative“ angesetzt: Weil durch die Weitergabe und Ausleihung von Einlagen – z.B. Spareinlagen – weiteres Geld geschaffen werde, hätten die Privatbanken heute faktische die Kompetenz, Geld zu schöpfen. Diese Kompetenz komme aber ausschliesslich der Notenbank zu, weshalb die Vollgeldinitiative

verlangte, dass jeder von Banken ausgeliehene Kredit zu 100% durch Notenbankgeld zu unterlegen sei. Dies habe vor allem den Vorteil, dass bei einem Bankencrash die Kundengelder als Fremdkapital und nicht als Eigenkapital der Banken zu behandeln sei, weshalb sich dann eine aufwändige Bankenrettung zur Rettung der Kundengelder erübrige (vgl. Mayer 2017:12). Weil das Geld, das ausschliesslich von der Nationalbank geschaffen werde, jeweils durch die Wirtschaftsleistung abgedeckt sei, sei es sogar möglich, den durch die weg fallenden Verzinsung des bisherigen, von Geschäftsbanken erzeugten „Schuldengeldes" Geldüberschuss für tiefere Steuern einzusetzen oder gar an die Bürgerinnen und Bürger zu verteilen (so genanntes „Helikoptergeld"). Die Initianten rechnen mit so frei werdendem Geld von 3,4 – bei 1% Zins - bis 15 Milliarden Franken pro Jahr (vgl. dazu Mayer 2017:14 sowie 44). Die 100prozentige Deckung von Geldausleihungen durch Nationalbankgeld sei aktuell bereits bei der PostFinance der Fall, weil sie keine Bankenlizenz habe. Auch argumentieren die Vollgeld-Initianten damit, dass durch die Vollgeldinitiative durch übermässige Geldschöpfung erzeugte Spekulationsblasen verhindert werden könnten (vgl. Mayer 2017:13).

Das Problem besteht allerdings darin, dass die Ursache für die grossen Geldvermögen weniger in der Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken besteht, sondern in der ungleichen Vermögensverteilung und in der übermässigen Geldliquidität („quantitative esasing"), die nota bene eben durch diese Nationalbanken geschaffen wurde. Als weiteres Argument gegen die Vollgeldinitiative ist anzuführen, dass eine flexible und damit auch effiziente Wirtschaft auf Kredite angewiesen ist, deren Umfang stark schwankt. Das kann nur das aktuelle Geldsystem sicherstellen – eine allfällige 100prozentige Abdeckung der Unternehmens- und Konsumkredite durch von der Nationalbank geschöpftes Vollgeld würde zu unabsehbaren Kreditengpässen und allenfalls zu einem grossen Wirtschaftseinbruch führen. Das bestreiten die Initianten (vgl. Mayer 2017:16) mit dem Argument, dass die Geldmenge gleich bleibe. Das trifft zwar längerfristig wahrscheinlich zu, aber auf dem Markt kommt es kurzfristig zu grossen Nachfrage-Schwankungen, auf die heute die Banken flexibler reagieren können. Deshalb stimmt auch das Argument der Vollgeld-Initianten so nicht, dass die Banken durch die Einführung von Vollgeld nicht weniger verdienen würden (vgl. Mayer 2017:16): Die Kreditmenge würde eindeutig abnehmen und damit der Umsatz sowie letztlich der Gewinn der Banken. Die Vollgeldinitiative wurde denn auch am 10. Juni 2018 von gut

75% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und allen Kantonen an der Urne abgelehnt. Zu unvorhersehbar war das Risiko eines Systemwechsels in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger, ausserdem hatte die Schweizerische Nationalbank selbst, obwohl das neue System ihre Kompetenzen deutlich ausgeweitet hätte, die Initiative abgelehnt (vgl. Schöchli in Neue Zürcher Zeitung vom 11.6.2018:12).

Laut Creutz (in Humane Wirtschaft Sept./Okt. 2012:31) hat sich in Deutschland der Bargeldbestand so ziemlich im Gleichschritt mit dem Bruttoinlandprodukt entwickelt. So haben sich laut dem gleichen Autor zwischen 1950 und 2010 sowohl das BIP als auch die umlaufende Geldmenge versechsundvierzigfacht (also um den Faktor 46 vergrössert). Massiv angestiegen sind hingegen die Geldeinlagen und Kredite.

Werte in Mrd. Euro	**1950**	**2010**	**Erhöhung um**
Bruttoinlandprodukt	53,4	2477	46mal
Geldmenge M1*:	9,1	1290	142mal
davon			
Bargeldumlauf	4,3	200	46mal
Sichtguthaben	4,8	1090	227mal
Geldmenge M3*	20,7	2083	101mal
Ges. Einlagen	13,9	6809	490mal
Ges. Kredite	16,6	5943	358mal
Nettolöhne	17,9	689	39mal

Quelle: Creutz in Humane Wirtschaft Sept./Okt. 2012:31; leicht redigiert durch CJ.
* Ausführlicher zur Definition der Geldmengen vgl. unten.

Wenn man diese Zahlen jedoch mit der im gleichen Zeitraum gemessenen Inflation vergleicht, dann ist klar, dass das Creutzsche Verständnis von Geld ausschliesslich als Bargeld nicht korrekt sein kann, denn Inflation tritt immer dann auf, wenn sich die Geldmenge im Verhältnis zur Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen vergrössert. Wäre Geld nur Bargeld, dann müsste die Inflation mehr oder weniger 0 sein, was jedoch bekanntlich nicht zutrifft.

Welchen Gütern Geldfunktion zukommt und welchen nicht, kann sich ändern, zum Beispiel durch technischen Fortschritt oder durch gesetzliche Regelungen. Über Jahrhunderte hinweg besass Gold die Funktion von Geld.

1933 liess der amerikanische Präsident Roosevelt den Besitz von Gold als illegal erklären und verfügte – unter Androhung schwerer Strafen – die Zwangsablieferung der in Privatbesitz befindlichen Goldbestände (Baader 2005:43). Später liess Roosevelt ausserdem die Einlösegarantie des Dollars gegen Gold aufheben. Damit versuchte Roosevelt dem Gold seinen Geldcharakter zu nehmen: Gold sollte seine drei Geldfunktionen, nämlich die Tauschfunktion, die Wertaufbewahrungsfunktion und auch die Rechnungsfunktion verlieren.

Baader (2005:44) nannte dieses Vorgehen den „grössten Diebstahl der Weltgeschichte“: „Bis zum Jahr 1933 haben sich die Amerikaner in der Gewissheit gewähnt, dass der Goldschatz des US-Schatzamtes ihnen, den US-Bürgern gehört, und zwar genau in dem Verhältnis, wie jeder einzelne Amerikaner über Goldhinterlegungsscheine – genannt: Dollar – verfügt hat. Mit dem Befehl zur Nicht-Einlösung hat Roosevelt allen amerikanischen Bürgern ihren anteiligen Goldschatz geraubt. Wenn jemand etwas in einem Lagerhaus einlagert und dafür einen Beleg bekommt, der ihm garantiert, das er sein Eigentum jederzeit wieder abholen kann - und wenn man dieser Person dann sagt: ‚Pech gehabt, Du bekommst Deine Ware nicht mehr, aber statt dessen kannst Du ja mit Deiner Einlagerungsquittung einkaufen gehen’, dann ist das nur der Form nach verschieden von Raub und Diebstahl, nicht aber der Sache nach“ (Baader 2005:44). Baader folgert daraus, dass die Goldreserven der Staaten und der Zentralbanken Diebesgut seien.

Ganz so einfach ist aber die Situation nicht: Denn der Wert, der früher über den Goldwert definiert und gesichert war, wurde nun in Papierform definiert – und einigermassen stabil gehalten. Während Gold ein Tauschäquivalent **und** Wertaufbewahrungsmaterial **mit einem inneren Wert** (Gold) war, war der Papierdollar weiterhin ein Tauschäquivalent, jedoch ohne eigenen „inneren“ Wert. Der Wert des Papiergeldes wurde durch staatliche Institutionen, z.B. die Zentralbank, garantiert. Und in der Praxis funktionierte dies durchaus: Konnte man doch mit dem Papierdollar alles kaufen, was man vorher auch mit Gold hatte erwerben können. Das Problem lag jedoch darin, dass die Regierungen mehr oder weniger Geld in den Umlauf setzen – oder drucken – konnten, weshalb der Wert des Papiergeldes weniger stabil war als der Gegenwert in Gold. Ein Grund dafür liegt darin, dass sich die vorhandene Goldmenge langsam aber stetig vergrössert. Bis 2014 wurden insgesamt 172‘300 Tonnen Gold gefördert, die jährlich geförderte Menge lag 2014 bei 2860 Tonnen (vgl. Aeberli in

Schweizerische Handelszeitung vom 30.1.2014:7). Der Wert des weltweit vorhandenen Goldes lag Anfang 2014 bei rund 6200 Milliarden Schweizer Franken oder bei 5170 Milliarden € (vgl. Aeberli in Schweizerische Handelszeitung vom 30.1.2014:7). Dieser Betrag entsprach ungefähr 10- bis 11mal dem schweizerischen Bruttoinlandprodukt (Stand Ende 2013).

Allerdings kann auch der Goldpreis stark schwanken. Während etwa zwischen Mitte 2008 und Mitte 2011 der Goldpreis von 700 US $ bis rund 1900 US $ pro Unze stieg, sank der Goldpreis zwischen 2012 und Mitte 2013 wieder auf rund 1250 US $ pro Unze (vgl. Hagl in Schweizerische Handelszeitung vom 27.6.2013).

Bis Ende 2015 sank der Goldpreis wieder sukzessive. Nach einem Tiefststand im Dezember 2015 bei etwas über 1050 US $ pro Unze stieg der Goldpreis bis Mitte 2016 wieder deutlich an. Das ist umso gewichtiger, weil im gleichen Zeitraum die Rendite der Staatsanleihen – so etwa der 10jährigen Anleihen in den USA – konstant zurückging (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 30.6.2016:33).

Wenn man davon ausgeht, dass in den letzten 100 Jahren die Goldmenge jährlich nur um rund 1,5% zunahm, und wenn man bedenkt, dass die industrielle Nachfrage nach Gold sehr gering ist (vgl. Stöferle in Neue Zürcher Zeitung vom 4.1.2016b:10), kann Gold als guter Geld-Substitut angesehen werden – oder wie es Stöferle (in Neue Zürcher Zeitung vom 4.1.2016b:10) bezeichnet – „als monetäres Gut, das im Wechselkursverhältnis zu den Währungen steht“. Dazu passt, dass Gold sich ziemlich analog zur Entwicklung der Realzinsen bewegt, allerdings umgekehrt proportional: steigende Goldpreise entsprechen tendenziell sinkenden oder stabilen Zinsen im Minusbereich, sinkende Goldpreise gehen mit steigenden Realzinsen einher (vgl. Stöferle in Neue Zürcher Zeitung vom 4.1.2016b:10).

Heute (2015/2016) gehen sinkende Realzinsen mit einer sinkenden bzw. negativen Zinsrate und negativer Inflation einher – das bedeutet, dass Gold nicht nur in inflationären sondern auch in deflationären Zeiten ziemlich stabil ist. Die Frage ist allerdings, wie der Goldpreis bei einer Aufgabe des Politik des „Quantitative Easings“, also der Flutung der Geldmärkte mit Liquidität, reagieren wird – vermutlich wird dann der Goldpreis wieder steigen, genauso wie

der Wert der Währungen wachsen wird (abnehmende Geldmenge = Zunahme des Wertes pro Geldeinheit).

Alles in allem: Gold ist über längere Zeit ziemlich wertbeständig.

Natürlich ist es richtig, dass im direkten Handel das Bargeld nach wie vor eine zentrale Rolle spielt. So schätzte etwa Helmut Creutz (in Humane Wirtschaft vom März/April 2010:3) im deutschen Einzelhandel das Verhältnis der Barzahlenden gegenüber Personen, die mit EC-Karte, Kreditkarte, Schecks oder gegen Rechnung bezahlen immer noch auf 9:1. Doch diese Zahlen sind irreführend. Denn grössere, regelmässige Beträge wie Wohnungsmieten, Krankenkassenbeiträge, Versicherungen usw. werden heute zum grossen Teil per eBanking beglichen.

Ja, in den letzten Jahren hat die Bedeutung des Bargeldes angesichts der riesigen Mengen von Liquidität, welche durch die Nationalbanken geschaffen wurde, sogar zugenommen. Das erstaunt, weil ja einerseits durch die Aufblähung der Geldmenge eine steigende Inflation befürchtet wurde und anderseits Bargeld am wenigsten inflationsresistent ist (kein Zins!). Laut Robert S. Kapito, dem Präsident und Direktor des weltgrössten Vermögensverwalters Blackrock, halten in vielen Ländern die Durchschnittshaushalte mehr als 60% ihrer Vermögen in Bargeld, in der Schweiz sollen immerhin 34% der Vermögen als Bargeld gehalten werden (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 22.6.2015:25). Im September 2016 schätzte Kapito den Bargeldbestand weltweit sogar auf 70 Billionen US Dollar – also auf 7000 Milliarden Dollar (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 14.9.2016:31). Dass dies keine gesunde Entwicklung ist, dürfte auf der Hand liegen.

Laut Angaben der Deutschen Bundesbank wurde 2012 das von der Europäischen Zentralbank ausgegebenen Bargelds wie folgt genutzt:

- 10 – 15% werden für Transaktionen eingesetzt;
- 10 – 30% werden gehortet;
- Rund 70% sind „mit unbekannter Nutzung“ im Ausland „unterwegs“, und zwar fast ausschliesslich in Ländern ausserhalb der Eurozone (vgl. Bangemann in Humane Wirtschaft März/April 2016:5).

Doch auch immer mehr Unternehmen sind in den letzten 15 Jahren dazu übergegangen, grosse Bargeldbestände zu halten. So hielt Apple 2015 fast 200 Milliarden Franken Cash oder als kurzfristig kündbare Anlagen, Apple, Microsoft und Boogle hielten zusammen sogar 350 Milliarden Franken als Bargeld (vgl. Wittrock in Schweizerische Handelszeitung vom 23.7.2015:25).

Einige EU-Länder sind seit 2011 dazu übergegangen, Bargeldobergrenzen einzuführen:

Tabelle 2: Bargeldobergrenzen in ausgewählten EU-Ländern

	Obergrenze in Euro	In Kraft seit
Belgien	3000	2014
Bulgarien	14 999 BGN (rund 7670 Euro)	2011
Frankreich	3000 (Ansässige, gewerbetreibende Nichtansässige); 15 000 (nicht ansässige Verbraucher)	2011
Griechenland	1500	2011
Italien	999,99	2012
Portugal	1000 (Transaktionen zwischen Verbrauchern und Gewerbetreibenden)	2012
Slowakei	5000 (business-to-business, consumers-to-business, business-to-consumers); 15 000 (natürliche Personen, die ausserhalb ihres normalen Geschäfts handeln)	2013
Spanien	2500 (Ansässige); 15 000 (Nichtansässige)	2012
Tschechien	350 000 CZK (rund 14 000 Euro) pro Tag	2013

EUROPÄISCHES VERBRAUCHERZENTRUM (2015), ÜBERSETZUNG BERETTA / DIE VOLKSWIRTSCHAFT

Quelle: Beretta in Die Volkswirtschaft 8/9-2015:44.

Anfang 2017 kannten bereits 12 EU-Länder Bargeld-Obergrenzen (vgl. Ferber in Neue Zürcher Zeitung vom 2.2.2017:12). Im November entwertete die indische Regierung mit einem Schlag die 500- und 1000-Rupien-Noten mit einem Gegenwert von Fr. 7.50 und 15 (vgl. Keve in WochenZeitung vom 9.2.2017:11), also 86% des umlaufenden Bargeldes (vgl. Ferber in Neue Zürcher Zeitung vom 2.2.2017:12). Weil rund 94% der Noten umgetauscht wurden, konnte viel weniger Schwarzgeld eliminiert werden als angestrebt. Gleichzeitig verloren nicht wenige arme Inderinnen und Inder ihr mühsam zusammengespartes Bargeld, weil sie die Noten nicht innert 50 Tagen gegen Vorweisen eines Personalausweises umtauschen konnten (vgl. Keve in WochenZeitung vom 9.2.2017:11).

In einzelnen Ländern, so etwa in Schweden, ist das Bargeld faktisch abgeschafft, viele schwedische Geschäfte akzeptieren Bargeld gar nicht mehr.

Durch die Begrenzungen im Bargeldverkehr sollen die Kapitalströme besser kontrolliert werden. Allerdings moniert Beretta (in Die Volkswirtschaft 8/9-2015:44) zu Recht, dass damit negative Auswirkungen in der Wirtschaft entstehen und die Wirtschaftsfreiheit dadurch eingeschränkt werden kann. Ausserdem sollte man nicht vergessen, dass in Zeiten des Negativzinses – und besonders wenn dieser an alle Sparer weitergegeben wird, was zum Beispiel in der Schweiz 2017 noch nicht der Fall war – das Halten von Bargeld für viele eine der wenigen Möglichkeiten darstellt, ihr Vermögen zu bewahren. Doch gerade in Entwicklungsländer ist diese Funktion des Bargeldes substantiell, wie sich gerade bei der jüngsten Entwertungsaktion in Indien wieder gezeigt hat.

Der wissenschaftliche Beirat des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie hat 2017 die Argumente für und gegen die Abschaffung von Bargeld diskutiert und am 9. Februar 2017 das Gutachten „Zur Diskussion um Bargeld und um die Null-Zins-Politik der Zentralbanken“ veröffentlicht. Er empfahl die Beibehaltung des Bargelds, weil eine ausschliesslich bargeldfreie Wirtschaft neue Risiken schaffe (vgl. Gersbach/Hellwig in Die Volkswirtschaft vom 8/9-2017a:6). Für die Nutzer bietet Bargeld folgende Vorteile: Bargeld bietet Anonymität und hängt nicht von Dritten oder von technischen oder elektrischen Infrastrukturen ab. Durch die Anonymität wird der verfassungsrechtliche Schutz der Privatsphäre. Auf der anderen Seite wird oft gegen Bargeld eingewendet, dass es zu kriminellen Aktivitäten und in der Schattenwirtschaft eingesetzt werde. Gerade das erste Argument ist nur bedingt relevant, weil kriminelle Akteure auch Kryptowährungen wie Bitcoin nutzen können. Allerdings hielt des der wissenschaftliche Beirat in seiner Studie für legitim, die Herausgabe grosser Noten einzuschränken, weil diese oft für kriminelle Transaktionen eingesetzt werden (vgl. Gersbach/Hellwig in Die Volkswirtschaft vom 8/9-2017a:8).

Der Run auf Bargeld könnte auch ein Zeichen für das enorm schwindende Vertrauen in das Geldsystem sein. Als im Herbst 2012 bei Orell Füssli, der Gelddruckerei der schweizerischen Nationalbank (SNB) rund 1800 noch nicht fertig gestellte 1000-Franken-Noten abhanden kamen, warteten die Verantwortlichen ein volles Jahr, bevor sie das bekannt gaben. Angeblich sollten es 1800 „unfertige“ Tausender-Noten sein, auf denen die Seriennummern noch fehlten – also 1,8 Millionen Franken –, wobei sich die Neue Zürcher Zeitung (vom

2.10.2013) die Frage nicht verkneifen konnte, wie man denn ohne Seriennummern so genau über deren Zahl informiert sein konnte. Hatte man bei einer grösseren Anzahl gestohlener Banknoten Angst um die Stabilität des schweizerischen Geldsystems? Aber eigentlich interessant war der Umstand, dass die geklauten Noten nur gerade 0,003% der im Umlauf befindenden schweizerischen Banknoten darstellte (Grundlehner in Neue Zürcher Zeitung vom 2.10.2013). Von Ende 1999 bis Ende 2012 wuchs das Volumen des Bargeldumlaufs von 37,185 Milliarden auf 60,053 Milliarden Franken an. Damit waren Ende 2012 mehr als 10% des Werts des schweizerischen Bruttoinlandprodukts als Bargeld im Umlauf!

Zwischen 1990 und 2016 hat die **Bargeld*umlauf*quote** – also der relative Anteil des Bargeldes gemessen am nominellen BIP – in der Schweiz insgesamt von 26 auf 14% verringert (vgl. Trütsch in Die Volkswirtschaft 8/9-2017b:10). Dagegen nahm die **Bargeldquote** – d.h. der Anteil des Bargeldes, also der Münz- und Notenumlauf, in Prozent der Geldmenge M1 – seit 2008 deutlich zu. (vgl. Zurbrügg in die Volkswirtschaft 8/9-2017c:19).

In der Schweiz war bis Ende 2008 die Bargeldumlaufquote ziemlich stabil geblieben und in Einklang mit dem BIP gewachsen. Seit 2008 nahm ausserdem der Anteil der 1000er-Noten deutlich zu und deckte 2017 62% des Notenumlaufs ab. Das bedeutet, dass Bargeld als Wertaufbewahrungsmittel an Bedeutung gewonnen hat (vgl. Trütsch in Die Volkswirtschaft 8/9-2017b:10). Gründe sind wahrscheinlich Vertrauensverlust der (Finanz-)Wirtschaft und der Banken, die Negativ-Zins-Politik und Angst vor Wertverlust. Diese These wird durch die Tatsache bestätigt, dass sich zwischen 2008 und 2016 die Notenumlaufgeschwindigkeit deutlich verlangsamt hat – weil mehr Menschen Banknoten gehortet haben (vgl. Trütsch in Die Volkswirtschaft 8/9-2017b:11).

Weiter interessant war die Tatsache, dass die Tausender-Noten mittlerweile – also 2013 – 60,4% des Notenumlaufs ausmachten. Bekanntlich ist es nicht ganz einfach, mit einer Tausender-Note Einkäufe zu bezahlen, und die These, dass diese grossen Noten für kriminelle Geschäfte dienten (z.B. Drogengelder), ist aufgrund der strengeren Nachforschungen der Banken zumindest nur eine teilweise Erklärung. Denn versuchen Sie einmal, 10 Tausender-Noten auf einer schweizerischen Bank zu wechseln, dann sieht man

schnell – so Grundlehner in Neue Zürcher Zeitung vom 2.10.2013 – „dass dies doch nicht die einfachste Form des Geldtransfers sei“. Offensichtlich horten viele – Schweizer/innen und Ausländer/innen – Geld in Form von Cash wieder unter der guten alten Matratze oder im Banksafe.

Auch in der EU gibt es Bemühungen, die umlaufende Bargeldmenge zu verkleinern. So beschloss Anfang Mai 2016 der Rat der Europäischen Zentralbank, die Produktion des 500-Euro-Scheins auf Ende 2018 einzustellen. Das bedeutet, dass dieser grösste Euro-Schein mittelfristig abgeschafft wird – auch wenn er unbegrenzt gültig bleibt, sozusagen als Zückerchen an diejenigen, welche den 500-Euro-Schein ganz aus dem Verkehr ziehen wollten (vgl. Rasch in Neue Zürcher Zeitung vom 29.4.2016:25 sowie Rasch in Neue Zürcher Zeitung vom 6.5.2016:25).

2.2 Geldmengen

Doch wie viel Geld gibt es eigentlich? Während zum Beispiel 1950 die zirkulierende Bargeldmenge in der Bundesrepublik Deutschland ohne Kassenbestände der Kreditinstitutionen 8 Milliarden DM betrugen, waren es Ende 1990 – also 40 Jahre später – 159 Milliarden DM (Creutz 1994:34). „Das heisst, die Menge des umlaufenden Geldes wurde in den 40 Jahren in der alten BRD auf das 20fache ausgeweitet. In der gleichen Zeit nahm das reale Bruttosozialprodukt, also die Gesamtleistung unserer Volkswirtschaft – ‚nur’ auf das 5,4fache zu. Die Differenz zwischen der Leistungs- und der Geldvermehrung spiegelt hauptsächlich den Kaufkraftverlust unseres Geldes wider, zum Teil auch veränderte Zahlungsgewohnheiten“ (Creutz 1994:34).

In der Ökonomie werden verschiedene **Geldmengenaggregate** unterschieden: Die **M1**, die **M2** und die **M3**. Was bedeuten diese Grössen?

Geldmengenaggregat	**Inhalt**
M1	Summe der im Umlauf befindlichen Banknoten, Schecks und Sichteinlagen (Kontoguthaben bei Banken + Post) sowie Transaktionskonti
M2	M1 + Spareinlagen und bestimmte Termingelder (ohne Vorsorgegelder)
M3	M2 + weitere Termingelder sowie Einlagen in Geldmarktfonds

Im Prinzip müsste man noch ein weiteres Geldmengenaggregat, M0 hinzufügen: Nämlich die von den Zentralbanken zur Verfügung gestellte Geldliquidität (vgl. dazu auch Kapitel 2.3 dieses Textes).

Diese hat in den letzten Jahren massiv an Bedeutung gewonnen. So führte die Zentralbankenpolitik seit 2007 zu einer ausserordentlichen Erhöhung der Geldmenge M0, „wie sie in diesem Ausmass in der Geschichte nur vor Hoch- und Hyperinflationen zu beobachten war“ (Bernholz in Neue Zürcher Zeitung vom 1.10.2016:4).

In Humane Wirtschaft (vom Nov./Dez. 2011:41) machte Helmut Creutz einen interessanten Vergleich zwischen Geldmengen der Zentralbanken und der von einer Zentralbibliothek ausgeliehenen Büchern. In dieser Analogie gäbe es folgende Analogien:
Buchbestand + kurzfristige Ausleihungen = „Buchmenge M1“;
Buchbestand + kurz- und mittelfristige Ausleihungen = „Buchmenge M2“;
Buchbestand + kurz-, mittel- und langfristige Ausleihungen = „Buchmenge M3“.
Nicht ganz zu Unrecht moniert Creutz, dass kein Bibliothekar diesen Bücherbestand und seine Ausleihungen in solchen „Aggregaten“ zusammenfassen würden, wohl aber Ökonomen den Geldbestand und die Geldausleihungen.

Unter **Notenbankgeldmenge** werden die von der Nationalbank geschaffenen Zahlungsmittel verstanden, also der Notenumlauf sowie die Giroguthaben der Geschäftsbanken bei der Notenbank (Eisenhut 2012:154).

In den USA waren es Ende 2004 folgende Geldmengen im Umlauf (in Billionen Dollar):

Geldbasis	M1	M2	M3
800	1350	6340	9400

Quelle: www.federalreserve.gov, zitiert nach Otte 2006:142.

Schaut man sich die Geldmengenentwicklung dynamisch an, ist schnell klar, dass die Geldmengen seit der Finanzkrise deutlich angewachsen sind, wie etwa das Beispiel der Schweiz zeigt (vgl. Willmeroth in Schweizerische Handelszeitung vom 24.9.2015:28).

Während M1 im Vergleich zum preisbereinigten Bruttosozialprodukt – bzw. dem späteren BIP – seit 1980 praktisch konstant blieb, stieg der Wert für M2 um 100% und für M3 sogar um 145%. Laut Otte (2006:142) ist insbesondere M3 sehr krisenanfällig und damit abhängig von den Emotionen der Marktteilnehmenden. Deshalb ist M3 für die Zentralbanken am wenigsten steuerbar. M3 ist gleichzeitig auch ein guter Indikator für die Kreditvolumina der Banken.

Allerdings hat Creutz (in Humane Wirtschaft vom Sept./Okt. 2011a) zu Recht darauf hingewiesen, dass die Abgrenzung der verschiedenen Geldmengenaggregate (M1, M2 und M3) sehr schwierig ist.

Seit mehr als zwei Jahrhunderten scheint sich das Geldmengenwachstum in den USA jedes dritte Jahrzehnt zu beschleunigen, um danach wieder abzufallen.

In Deutschland wuchs die Geldmenge seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich und in zunehmendem Ausmass (vgl. Creutz 1994:153). Das gilt auch für Entwicklung der Geldmengen in der EU zwischen 1979 und 2008 – z.B. für die Geldmenge M-2 (vgl. Leuschel/Vogt 2009:180).

Am 10. November 2005 verkündete das FED, also die amerikanische Nationalbank, dass sie ab 23. März 2006 keine Masszahl mehr für die Geldmenge M3 mehr publizieren werde. Otte (2006:136) meinte dazu: „Ein anerkanntes ökonomisches Mass wurde einfach ausgemustert. Gleich mit aussortiert wurden die Statistiken für grössere Termingeldeinlagen, Repurchase Agreements und Eurodollars. Grosszügigerweise werden institutionelle Geldmarktfonds weiterhin als Fussnote geführt. Das legt die Vermutung nahe, dass es externen Beobachtern zumindest etwas schwerer gemacht werden soll, zu verfolgen, wie gefährlich sich der Geldumlauf mittlerweile aufgebläht hat und wie gross die inflationären Gefahren sind“ (Otte 2006:136).

In jüngster Zeit hat sich der so genannte Geldschöpfungsmultiplikator, also der Quotient zwischen M0 (Liquidität der Notenbanken) und der breiteren Geldmenge M2 bzw. M3 (M2 +

Termineinlagen) massiv verringert. Er lag 2016 noch tiefer als während der grossen Depression in den 1930er Jahren – und zwar in vielen Ländern des Westens, etwa in den USA und in der Schweiz. Eine ähnliche Tendenz ist in der Europäischen Union festzustellen (vgl. Bernholz in Neue Zürcher Zeitung vom 1.10.2016:34). Diese Entwicklung ist besorgniserregend: Besteht doch die Gefahr, dass die Zentralbanken gegebenenfalls nicht rasch genug reagieren und gegen die drohende Inflation vorgehen werden.

2.3 Zentralbanken und Geldmengensteuerung

Insbesondere zu Zeiten, in denen der Spielraum der Leitzinspolitik gering ist – so lag die Bandbreite des Leitzinses der amerikanischen Zentralbank Fed zwischen Dezember 2008 und März 2013 gerade mal zwischen 0% und 0,25% (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 21.3.2013) –, fällt die Leitzinspolitik als Steuerungsinstrument der Geld- und Finanzmärkte weitgehend aus.

Seit der Wirtschaftskrise 2008 haben die Notenbanken die Märkte mit Liquidation geflutet. So initiierte die US-Notenbank (Fed) zwischen 2009 und 2013 drei Anleihenankaufprogramme durch (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 21.3.2013). Im Frühjahr 2013 kaufte die amerikanische Notenbank monatlich Anleihen – also Staatspapiere und Hypothekenpapiere – im Wert von 85 Milliarden Dollar auf (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 21.3.2013). Damit verfolgte die amerikanische Notenbank wie die Zentralbanken anderer Länder eine aggressive Lockerungspolitik bei entsprechender Aufblähung des Geldvolumens und Drückung der längerfristigen Zinsen.

Die Europäische Zentralbank EZB stellte im Rahmen der europäischen Schuldenkrise unlimitierte Kredite in der Höhe von rund 1000 Milliarden € zur Verfügung. Auch dies geschah zum grossen Teil durch den Erwerb direkter Staatsanleihen von EU-Mitgliedsländern, die sich aufgrund ihrer Verschuldung nicht mehr über die Märkte refinanzieren konnten (vgl. Rasch in Neue Zürcher Zeitung vom 21.6.2012). Zwischen 2004 und 2014 stieg die Bilanzsumme der europäischen Zentralbank von 833 Milliarden € auf knapp 3000 Milliarden € – Also ein Anstieg um 360%. Damit hat sich die von der EZB ausgegebenen Geldmenge mehr als verdreifacht (vgl. Beck/Prinz 2014:60).

Auch die Bank of England kaufte britische Staatsanleihen auf und erweiterte damit ihre Bilanzsumme erheblich. In der Schweiz investierte die Schweizerische Nationalbank enorme Summen in die Schwächung des Schweizer Frankens, was ihre Bilanz ebenfalls stark ausweitete. Michael Rasch (in Neue Zürcher Zeitung vom 21.6.2012). Michael Rasch (in Neue Zürcher Zeitung vom 21.6.2012) nannte diese Massnahmen „in ihrem Ausmasse allesamt ungeheuerlich". Dies nicht ganz unbegründet: Vergleicht man die Entwicklung der Bilanzen der Zentralbanken mit den Bruttoinlandprodukten ihrer Heimatländer, dann lag die Schweizerische Nationalbank mit 70% des BIP an der Spitze, die EZB und die Bank of Japan bei gut 30% ihrer Bruttoinlandprodukte, und die US-Notenbank sowie die Bank of England immerhin noch bei gut 20% des heimischen Bruttoinlandprodukts (Rasch in Neue Zürcher Zeitung vom 21.6.2012). In absoluten Zahlen ist diese Entwicklung – zumindest in der Schweiz – noch eklatanter: Während 2008 die Bilanz der Schweizerischen Nationalbank noch bei 47 Milliarden Franken lag, lag die Bilanz der SNB im August bei 406 Milliarden Franken (vgl. Moneta vom 26.9.2012:6). Während jedoch die Bilanzausweitung der Schweizerischen Nationalbank durch Fremdwährungen abgedeckt ist – was auch nicht ohne Risiko ist, sieht die Situation bei den anderen Zentralbanken weniger gut aus.

Die Aufblähung der Bilanzen der Zentralbanken ging mit einer Ausweitung der Geldmenge M0 einher: Von 2008 bis 2011 hat sich die Geldmenge in der Schweiz verfünffacht. In der gleichen Zeit hat sich die Geldmenge in Grossbritannien mehr als vervierfacht. Im gesamten Euro-Raum ist die Geldmenge M0 zwischen 2008 und 2011 ebenfalls um 150% gewachsen (vgl. Rasch in Neue Zürcher Zeitung vom 21.6.2012). Auch in den USA hat sich die Geldmenge in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt.

„Wundervolle Wirkungen" hoher Geldmengen?
„Nach der jüngsten Krise lag scheinbar nichts näher, … [als] durch die vom leichten Zugang zu billigem Geld ausgehende Investitions- und Nachfrageimpuls die Wirtschaft ankurbeln. Das in der Vergangenheit anscheinend mühelos umsetzbare Konzept scheint diesmal nur bedingt aufzugehen – und zudem nur mit enormen negativen Nebenwirkungen. So sind die ‚monetären Antriebsmotoren' nach den geldpolitischen Lockerungsübungen in zuvor nie gesehenem Ausmass so heissgelaufen, dass sie dringend gekühlt werden müssten. Der Finanzsektor, also gewissermassen das Getriebe der ökonomischen Maschinerie, ist kaum noch in der Lage, die sich entfaltende Kraft auf das Chassis, also auf die Realwirtschaft, zu übertragen. Es droht hohl zu laufen, nachdem wohl ein Teil des im Überfluss vorhandenen

monetären Schmiermittels in die Rutschkuppelung des Übertragungsmechanismus geraten ist“.
Quelle: Leisinger in Neue Zürcher Zeitung vom 14.9.2015:30.

Wie stark in den letzten Jahren die Geldmenge auch in den USA aufgebläht wurde, lässt sich indirekt auch an der Entwicklung der Bilanz der amerikanischen Notenbank, des Fed, ablesen. Während die Aktiven der Fed-Bilanz vor der Finanzkrise 2007 noch bei rund 800 Milliarden Dollar lagen, erreichten sie 2014 beinahe 4500 Milliarden Dollar (vgl. Lanz in Neue Zürcher Zeitung vom 12.9.2015:31).

Bis 2014 stieg die von der amerikanischen Notenbank ausgegebene Geldmenge um 312%, und in Japan stieg die Geldmenge immerhin noch um 150% (vgl. Beck/Prinz 2014:60).

Rasch (in Neue Zürcher Zeitung vom 21.6.2012) hat zu Recht darauf hingewiesen, dass bis Mitte 2012 diese Aufblähung der Geldmenge M0 noch nicht auf die Geldmengenaggregate M2 und M3 durchgeschlagen haben, welche für das Inflationsrisiko entscheidend sind. Doch dies nur deshalb, weil die zusätzlichen Geldmengen bisher nicht in den Wirtschaftskreislauf geflossen sind. Das kann sich aber schnell ändern.

Von daher war auch die so genannte Goldinitiative, welche in der Schweiz am 30. November 2014 mit 77% Nein-Stimmen abgelehnt wurde (vgl. Zeller in Neue Zürcher Zeitung vom 1.12.2014:8), keine Lösung – vielmehr hätte sie die Situation noch verschlimmert: Darin war nämlich verlangt worden, dass die Schweizerische Nationalbank mindestens 20% der Bilanzsumme in Gold halten sollte und künftig erworbenes Gold nicht mehr verkaufen durfte. Ausserdem hätte alles Gold – von welchem bis anhin rund 30% im Ausland gelagert war – in die Schweiz zurückgeführt werden sollen. Mit dieser Initiative wäre die Stützungspolitik der Schweizerischen Nationalbank für den Franken nicht mehr im gleichen Mass möglich gewesen, weil eine entsprechende Geldmengenexpansion gar nicht mit einer entsprechenden Ausweitung des Golderwerbs möglich gewesen wäre. Ausserdem wäre der Handlungsfreiheit der Nationalbank stark eingeschränkt worden, und die Nationalbank hätte ihrer zentralen Aufgabe, nämlich Preisstabilität und Geldmengensteuerung nicht mehr nachkommen können.

In jüngster Zeit hat zwar die US-Notenbank begonnen, ihre Geldmenge sukzessive zu verringern und die Zinsen in kleinen Schritten langsam zu erhöhen. Demgegenüber blieb aber die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und der Schweizerischen Nationalbank expansiv, bei tief gehaltenen Zinsen, ja teilweise mit Negativzinsen, so wie in der Schweiz (-0.75%). Entsprechend befinden sich die Banken in der so genannten „Liquididätsfalle“. Das bedeutet: Je tiefer die Renditedifferenz zwischen zinstragenden Anlagen und Zentralbankgeld ist, desto grösser wird die Bereitschaft der Geschäftsbanken, Reserven in Form von Giroguthaben bei der Zentralbank zu halten und diese nicht in andere Aktiva zu tauschen. Damit wird der Geldmultiplikator automatisch niedrig, was zu den heute erstaunlich tiefen Inflationsraten führt, trotz Aufblähung der Geldmengen (vgl. Baltensperger und Kugler in Neue Zürcher Zeitung vom 23.1.2019:10).

Hanno Beck und Aloys Prinz (2014:25-27) haben zehn Thesen aufgestellt, warum die massive Ausweitung der Geldmengen durch die Zentralbanken unweigerlich in den Abgrund führen muss. Sie argumentierten dabei wie folgt:

1) In den vergangenen Jahren gewannen die Notenbanken der Hauptwährungsländer an Bedeutung für den Welthandel und sie steigerten die Menge des im Umlauf befindenden Geldes massiv.
2) Alle drei grossen Krisen der letzten Jahre wurden durch billiges Geld verursacht, weil die Nationalbanken die Krise stets mit billigem Geld – also einer Ausweitung der Geldmenge – bekämpften und den Grundstein für die nächste Krise legten.
3) Verantwortlich dafür ist die Politik.
4) Die Notenbanken haben die Fähigkeit zunehmende verloren, die Weltwirtschaft mit billigem Geld zu stabilisieren.
5) Eine riskante Verflechtung zwischen Politik, Notenbanken und Finanzmärkten führt zu wachsender Verschuldung des Staates, der Flutung der Finanzmärkte mit billigem Geld und zur staatlichen Rettung bankrotter Banken – all das gefährdet letztlich die Zahlungsfähigkeit des Staates.
6) Die heutige Form der Inflation ist eine Vermögenspreisinflation, die zu Spekulationsblasen, Verschwendung von Ressourcen und Wirtschaftskrisen führt.
7) Scheitert die Politik des billigen Geldes der Notenbanken, droht eine lange Deflation, der Zusammenbruch des Bankensystems und ein massiver Vermögensverlust für alle.

8) Die Katastrophe kann nur verhindert werden, wenn die Notenbanken nicht länger Erfüllungsgehilfen der Finanzmärkte und der Politik sind – und die Schuldenwirtschaft des Staates muss beendet werden.
9) Für die Europäische Union gibt es nur zwei Alternativen: Entweder eine Währungsunion mit gemeinsamer Einnahmen- und Ausgabenpolitik oder klar Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Unionsstaaten – was letztlich auch eigene Währungen mit einschliesst.
10) Die Zeche der verfehlten Politik zahlen die Steuerzahler/innen und Sparer/innen – und dieser Prozess ist bereits im Gang: Nullrenditen und Negativzinsen als eine Form der Enteignung der Sparer/innen (vgl. Beck/Prinz 2014:25-27).

Dass dabei Beck und Prinz nicht ganz falsch liegen, zeigte die Tatsache, dass im Mai 2015 bereits die Frage diskutiert wurde, ob Bargeld mit einer Gebühr von 3 – 5% zu versehen sei, um die Flucht in Bargeld zu verhindern (vgl. Schöchli in Neue Zürcher Zeitung vom 2.5.2015:25). Konkret würde das so aussehen, dass bei einem Negativzins von 5% dem Sparer bei der Einzahlung von Fr. 10‘000.- nur gerade Fr. 9‘500.- gutgeschrieben würden. Wenn man bedenkt, dass die Zinsen in der Schweiz 2018 praktisch zwischen null und -0,75% liegen und in der Schweiz 2018 eine Inflation von 0,94% gemessen wurde (Inflation Schweiz 2018), bedeutet das, dass die Vermögen der Sparer real jährlich zwischen 1 und über 1,5% entwertet werden.

Als Variante wurde auch diskutiert, Geldscheine mit einem Verfallsdatum zu versehen – ähnlich wie das seinerzeit von Silvio Gesell vorgeschlagene „Schwundgeld“. Eine dritte Variante wäre ein doppelter Wechselkurs für Bargeld und Buchgeld. Eine noch radikalere Variante wäre die völlige Abschaffung von Bargeld. Laut Schöchli (in Neue Zürcher Zeitung vom 2.5.2015:25) würde aber dies einen grossen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit bedeuten.

Dem Bargeld werden in jüngster Zeit vor allem drei Vorwürfe gemacht: Erstens sei die Verwendung von Bargeld ineffizient und kostenintensiver als elektronische Zahlungsmittel, zweitens fördere Bargeld die Kriminalität und die Geldwäsche, und drittens beraube Bargeld die Zentralbanken in Zeiten des Negativzinses eines wichtigen Instruments der Zinssteuerung (vgl. Schär in Neue Zürcher Zeitung vom 4.1.2016a:4). Dazu lässt sich Folgendes sagen:

1) Wäre die Bargeldhaltung teurer, würde sie nicht mehr praktiziert – es sei denn, der Vorteil sei deutlich höher als die Kosten, was offenbar in Zeiten geldpolitischer Unsicherheit immer noch zutrifft. So gesehen entspricht Bargeld einem Sicherheitsbedürfnis vieler Leute.
2) Geldwäsche liesse sich auch mit anderen Mitteln bekämpfen, z.B. dem Nachweis der Herkunft von Geld, Verteuerung von Finanztransaktionen (Transaktionssteuer) und Kontrolle von Finanzflüssen. Ausserdem kann Bargeld jederzeit durch andere Wertaufbewahrungsinstrumente ersetzt werden, wie etwa Gold, Edelsteine, Liegenschaften.
3) Die Gefahr, dass durch eine einseitige oder falsche Geldpolitik der Zentralbanken Sparerinnen und Sparer ihres Eigentums beschnitten oder gar enteignet werden ist gerade heute nicht mehr auszuschliessen – so gesehen stellt das Bargeld auch eine wirksame Barriere gegen inadäquate geldpolitische Massnahmen dar.

Es stellt sich jedoch auch ohne Abschaffung des Bargeldes die Frage, welche Massnahmen den Prozess latenter und sukzessiver Enteignung von Sparerinnen und Sparern verlangsamen oder gar umkehren können. **Ein Ansatz** ist zweifellos die sofortige Reduktion der um Umlauf befindlichen Geldmengen, die Aufhebung des Negativzinses und eine schrittweise Erhöhung der Zinsen durch die Notenbanken – auch wenn dies kurzfristig zu einer Rezession führt. Andernfalls sind besonders die politischen Risiken unüberschaubar.

Baltensperger und Kugler (in Neue Zürcher Zeitung vom 23.1.2018:10) haben vier mögliche Exitstrategien aufgezeigt:

1) Eine Verkleinerung der Bilanz der Nationalbank, um dem Markt Liquidität zu entziehen. Das wäre mit einer Zinserhöhung verbunden
2) Die Verzinsung der Liquiditätsreserven der Banken und damit Anreiz für die Banken, diese Reserven weiter zu halten und nicht in den Geldkreislauf einzuführen.
3) Liquidität über die Ausgabe eigener verzinslicher Schuldtitel durch die Nationalbank (SNB Bills) um Liquidität aus dem Markt zu nehmen, was aber für Kosten für die Nationalbank (in Form geringerer Gewinne) und letztlich für den Staat verbunden wäre.

4) Anhebung der Mindestreserven der Bankeinlagen bei den Geschäftsbanken, wodurch Gelder dem Kreislauf entzogen würde.

Auf jeden Fall gilt: „Je länger mit der Normalisierung der Geldpolitik gewartet wird und je stärker die Zentralbankbilanzen im Zuge dieser Politik noch ausgeweitet werden, desto schwieriger wird der Abschied von ihr letztlich werden“ (Baltensperger und Kugler in Neue Zürcher Zeitung vom 23.1.2019:10).

2.4 Abschaffung des Geldes als Lösung?

Verschiedentlich wurde vorgeschlagen – so z.B. von Hörmann/Pregetter 2011, vgl. Müller in Humane Wirtschaft vom Sept./Okt. 2011b –, Geld grundsätzlich abzuschaffen. Anstatt Löhne für Arbeit zu bezahlen und Güter für Geld zu kaufen könnte man zum Beispiel die Fähigkeiten und Bedürfnisse in eine globale Datenbank einspeisen und direkt tauschen: „Wenn alle Menschen ihre ehrlichen Bedürfnisse in ein globales Informationsnetz einspeisen, die Menschheit offen und ehrlich kooperiert und jeder Mensch seine besten Fähigkeiten selbst wieder der gesamten Gemeinschaft zur Verfügung stellt …, dann wäre irgendwann tatsächlich auf diesem Planeten eine Zivilisation vorstellbar, in der Tauschgeschäfte auf der Grundlage von Leistung und vergleichbarer Gegenleistung gar nicht mehr notwendig wären“ (Hörmann/Pregetter 2011:223). Damit würde jeder Mensch bei seiner Geburt ein Blankokonto erhalten, das er nutzen – und belasten! – könnte, um seine Fähigkeiten auszubilden, dem aber auch Gutschriften für seine Leistungen gutgeschrieben würden. Doch das Problem liegt darin, dass auch dazu eine Verrechnungseinheit benutzt werden müsste. Dieses Konto hätte sowohl Verrechnungsfunktion, (technische) Tauschfunktion als auch eine Aufbewahrungsfunktion – also alle drei Funktionen des heutigen Geldes. Geld würde also nicht abgeschafft, sondern in anderer Form (als gegenseitiges Verbuchungskonto) gestaltet. Keines der eigentlichen Probleme, nämlich die Frage nach gerechter Bewertung von Fähigkeiten (Arbeit) und bezogenen Leistungen (Preis von Gütern und Dienstleistungen), die Verhinderung von ungleicher Akkumulation von Guthaben, das Problem der gegenseitigen Ausleihe (Kredite, Verschuldung) und der Kosten dieser gegenseitigen Ausleihe (Zinsen) sind damit gelöst.

Das Problem des Geldes muss auf anderer Ebene gelöst werden, etwa durch engere Verbindung zwischen Produktion, Konsum und Geldwirtschaft, aber auch durch die Verhinderung der Anhäufung überdimensionierter Geldvermögen durch Einzelpersonen oder Institutionen (vgl. dazu auch ►Unit V 32: „Umverteilung der Vermögen über 5 Millionen Euro?“ und ►Unit V33: „Begrenzung der Kapitalrenditen auf maximal 5%?“).

Auch die „Entstaatlichung“ des Geldes (Schwarz 2014:9) – gemeint ist eine Lockerung des Geldes von den Nationalbanken, aber auch die Einführung von Gemeinschaftswährungen wie des Euro als übernationale Währung – kann da keine Lösung sein. Wohl aber könnte ein „Währungspluralismus“, welcher neben transnationalen und nationalen Währungen auch Alternativwährungen zulässt, ein erster Schritt in Richtung eines gerechteren Geldsystems sein.

3. Kontrollfragen

1. Welches sind die drei Hauptfunktionen des Geldes?
2. Welchen Zirkelschluss beinhaltet die Gelddefinition der Konventionstheorie?
3. Nennen Sie fünf Unterschiede zwischen Bargeld und Sichtguthaben (nach Creutz).
4. Was wollte Roosevelt 1933 mit dem Besitzverbot für Gold erreichen?
5. Welche der drei Geldfunktionen verlor das Gold bei der Aufhebung des Goldstandards, d.h. dem Recht, Geldscheine jederzeit in Gold umtauschen zu können?
6. Erklären und definieren Sie die Geldmengenaggregate M1, M2 und M3.
7. Wie entwickelten sich die Geldmengen in den USA seit dem 18. Jahrhundert?
8. Wie entwickelte sich die Geldmenge in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg?
9. Welche Folgerungen zieht Otte aus der Tatsache, dass die US-Zentralbank, das FED, seit 2006 keine Zahlen mehr für die Geldmenge M3 publiziert?
10. Welche Folgen hätte eine Annahme der Goldinitiative für die Schweiz gehabt?
11. Fassen Sie die 10 Thesen von Beck/Prinz zusammen und überlegen Sie, ob Sie damit einverstanden sind.

4. Links

Monetäre Aggregate (Geldmengenaggregate)
http://www.wirtschaftslexikon.co/d/monetaeres-aggregat/monetaeres-aggregat.htm

Schweizerische Nationalbank: Geld, Währung und Konjunktur
https://www.snb.ch/n/mmr/reference/qheft_1995_1/source/qheft_1995_1.n.pdf

Geldtheorien verschiedener Schulen (Vortrag)
https://www.youtube.com/watch?v=gezZOGuiZBM

Geldmengenaggregate der Europäischen Zentralbank
www.wiwi.uni-frankfurt.de/profs/czayka/**EZB**-Buba.rtf

EZB Geldmengenkonzept
http://www.grundmann-norderstedt.de/ezb2.htm

5. Angeführte und weiterführende Literatur

Anderegg, Ralph
2007: Grundzüge der Geldtheorie und Geldpolitik. München: R. Oldenbourg.

Baader, Roland
2005[2]: Geld, Gold und Gottspieler. Am Vorabend der nächsten Weltwirtschaftskrise. Gräfelfing: Resch Verlag.

Bagus, Philipp / Schwarz, Gerhard (Hrsg.):
2014: Die Entstaatlichung des Geldes. Progress Foundation. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

Bain, Keith / Howells, Peter
2009[2]: Monetary economics: policy and its theoretical basis. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Beck, Hanno / Prinz, Aloys:
2014: Die grosse Geldschmelze. Wie Politik und Notenbanken unser Geld ruinieren. München: Carl Hanser.

Bibow, Jörg
2009: Keynes on monetary policy, finance and uncertainty: liquidity preference theory and the global financial crisis. London: Routledge.

Binswanger, Mathias
2015: Geld aus dem Nichts. Wie Banken Wachstum ermöglichen und Krisen verursachen. Weinheim: Wiley-VCH.

Brandl, Felix
2015: Von der Entstehung des Geldes zur Sicherung der Währung. Die Theorien von Bernhard Laum und Wilhelm Gerloff zur Genese des Geldes. Wiesbaden: Springer Gabler.

Braun, Von, Christina
2012: Der Preis des Geldes. Eine Kulturgeschichte. Berlin: Aufbau.

Bräutigam, Lars
2015: Geld, Macht und Herrschaft. Zur Kritik des Geldbegriffes und des interdisziplinären Gelddiskurses. Hamburg: Kovač.

Brodbeck, Karl-Heinz
2009: Die Herrschaft des Geldes: Geschichte und Systematik. Darmstadt: WBG, 2009

Cohn, Theodore H.
2010[5]: Global Political Economy. Theory and Practice. Boston et al.: Pearson.

Creutz, Helmut
1994: Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft. Frankfurt/Main /Berlin: Ullstein.

Dietz, Raimund
2013[3]: Geld und Schuld. Eine ökonomische Theorie der Gesellschaft. Marburg: Metropolis-Verlag.

Die Volkswirtschaft
3-2014: Zanetti, Attilio: Antizyklische Geldpolitik und Konjunktur: Möglichkeiten und Grenzen. 8-10.
8/9-2015: Beretta, Edoardo: Bargeldobergrenzen bedrohen Wirtschaft unnötig. 43/44.
8/9-2017a: Gersbach, Hans / Hellwig, Martin: Bargeld abschaffen macht wenig Sinn. 6-9.
8/9-2017b: Trütsch, Tobias: Bankkarten verdrängen Bargeld. 10-13.
8/9-2017c: Zurbrügg, Fritz: Bargeld bleibt gefragt. 17-19.

Eckardt, Dietrich
2013: Was ist Geld? Strukturen, Möglichkeiten und Grenzen des Treibstoffs moderner Kreditgeldwirtschaften. Wiesbaden: Springer Gabler.

Eisenhut, Peter
2006: Aktuelle Volkswirtschaftslehre. Zürich / Chur: Verlag Rüegger.
2012: Aktuelle Volkswirtschaftslehre. Zürich / Chur: Verlag Rüegger.

Gil, Isabel Capeloa / da Silva, Helena Gonçalves
2015: The Cultural Life of Money. Berlin: Walter de Gruyter.

Gischer, Horst / Herz, Bernhard / Menkoff, Lukas
2012[3]: Geld, Kredit und Banken. Eine Einführung. Berlin: Springer.

Hayek, Friedrich A.
2015: Geld und Konjunktur. Tübingen: Mohr Siebeck.

Herger, Nils
2016: Wie funktionieren Zentralbanken? Geld- und Währungspolitik verstehen. Wiesbaden: Springer Gabler.

Holtemöller, Oliver
2008: Geldtheorie und Geldpolitik. Tübingen: Mohr Siebeck.

Hörmann, Franz / Pregetter, Otmar
2011: Das Ende des Geldes – Wegweiser in eine ökosoziale Gesellschaft. Etsdorf am Kamp.

Huber, Joseph
2011[2]: Monetäre Modernisierung. Zur Zukunft der Geldordnung. Marburg: Metropolis-Verlag.

Humane Wirtschaft
März/April 2010: Creutz, Helmut: Bargeld - Geldumlauf - Umlaufsicherung. Kurzbeschreibung der Vorgänge.
Sept./Okt. 2011a: Geld – Geldbegriffe – Geldpolitik. Ein Klärungsversuch.
Sept./Okt. 2011b: Müller, Albrecht E. E.: Das Paradies ist nah. Gedanken zu dem neuen Buch „Das Ende des Geldes – Wegweiser n eine ökosoziale Gesellschaft“ von Prof. Franz Hörmann und Otmar Pregetter.
Nov./Dez. 2011: Creutz, Helmut: Geldbezogene Begriffe, Grössen und Kreisläufe.
Sept./Okt. 2012: Creutz, Helmut: Von Geld, Geldmengen und Geldillusionen. 30-34.
Juli/August 2014: Creutz, Helmut: Was ist los mit unserem Geld, dem neutralen Vermittler, Zahlungs- und Schmiermittel in der Wirtschaft? 8-12.
März/April 2016: Bangemann, Andreas: Ist Bares Wahres oder war es das mit Barem? Bargeld und negative Zinsen – Zusammenhänge, Fakten und Lösungen. 4 – 11.

Inflation Schweiz
2018: https://de.inflation.eu/inflationsraten/schweiz/historische-inflation/vpi-inflation-schweiz-2018.aspx (Zugriff 24.1.2019).

Issing, Otmar
2007[14]: Einführung in die Geldtheorie. München: F. Vahlen.

Jäggi, Christian J.
2016: Volkswirtschaftliche Baustellen. Analyse – Szenarien- Lösungen. Wiesbaden: Springer Gabler.

Kraemer, Klaus / Nessel, Sebastian (Hrsg.)
2015: Geld und Krise. Die sozialen Grundlagen moderner Geldordnungen. Frankfurt a.M.: Campus.

Kremer, Jürgen
2012: Grundlagen der Ökonomie. Geldsysteme, Zinsen, Wachstum und die Polarisierung der Gesellschaft. Marburg: Metropolis.

Leuschel, Roland / Vogt, Claus
2009[2]: Die Inflationsfalle. Retten Sie ihr Vermögen! Weinheim: Wiley-VCH Verlag.

Mayer, Thomas
2017: Vollgeld-Initiative für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank. Fragen und Antworten zur Vollgeld-Initiative. Stand 4.1.2017. Wettingen: Vollgeld-Initiative.

Millionär, Beilage der Schweizerischen Handelszeitung
Q2/2015: Strategie: Achtung Zinsen. 14-19.

Moneta
26.9.2012: Die Nationalbank als Staatsfonds.

Mussel, Gerhard
2006[7]: Grundlagen des Geldwesens. Sternenfels: Verlag Wissenschaft & Praxis.

Neue Zürcher Zeitung
21.6.2012: Rasch, Michael: Börsianer hoffen auf nächste Injektion der US-Notenbank.
21.3.2013: Fed setzt expansiven Kurs fort.
2.10.2013: Grundlehner, Werner: Diebstahl rückt Bargeld-Inflation in den Fokus. Tausendernoten ohne Seriennummern bei Orell Füssli entwendet.
1.12.2014: Zeller, René: Kein Goldrausch. 8.
2.5.2015: Schöchli, Hansueli: Planspiele für Franken-Notfall. 25.
12.9.2015: Lanz, Martin: Das Fed auf Kompromisssuche. 31.
14.9.2015: Leisinger, Christof: Die Märkte drohen auszudörren. 30.
4.1.2016a: Berentsen, Aleksander / Schär, Fabian: Unsinnige Forderung nach Bargeldverbot. 4.
4.1.2016b: Stöferle, Ronald-Peter: Das Ende der Gold-Baisse kommt näher. 10.
29.4.2016: Rasch, Michael: Das Ende des grossen Geldes. 25.
6.5.2016: Rasch, Michael: Die EZB besiegelt das Ende des Euro-Scheins.
30.6.2016: Die Stunde der „Goldbugs“ ist da. 33.
14.9.2016: Investoren sitzen auf 70 Billionen Dollar Bargeld. 31.
1.10.2016: Bernholz, Peter: Die geldpolitische Normalisierung braucht Mut. 34.
2.2.2017: Ferber, Michael: Wieso es Bargeld braucht. 12.
11.6.2018: Schöchli, Hansueli: Zu viel sprach gegen die Vollgeldinitiative. 12.
23.1.2019: Baltensperger, Ernst / Kugler, Peter: Wege hin zur geldpolitischen Normalisierung. 10.

Otte, Max
2006[6]: Der Crash kommt. Die neue Weltwirtschaftskrise und wie Sie sich darauf vorbereiten. Berlin: Ullstein/Econ.

Pahl, Hanno
2008: Das Geld in der modernen Wirtschaft : Marx und Luhmann im Vergleich. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

Prokop, Dieter
2014: Kritische Theorie des Gelds. Marburg: Tectum-Verlag.

Schwarz, Gerhard
2014: Wer das Geld regiert, regiert die Welt – ein Vorwort. In: Bagus, Philipp / Schwarz, Gerhard (Hrsg.): Die Entstaatlichung des Geldes. Progress Foundation. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung. 7 – 10.
2016[2]: Die Religion des Geldes. Wiesbaden: Springer Gabler.

Schweizerische Handelszeitung
30.1.2014: Aeberli, Urs: Aus einem Guss. 6/7.
23.7.2015: Wittrock, Olaf: Nur Bares ist Wahres. 24.
24.9.2015: Willmeroth, Sandra: Zu viel Geld in der Welt. 28.

Wieland, Volker (Hrsg.)
2010: The science and practice of monetary policy today: the Deutsche Bank Prize in Financial Economics 2007. Berlin: Springer.

Wielens, Hans
2004: Im Brennpunkt: Geld & Spiritualität. Ist die Krise der materiellen Welt überwindbar? Petersberg: Verlag Via Nova.

WochenZeitung
9.2.2017: Keve, Joseph: Fünfzig Tag Chaos. 11.